

Hilfe für die Sozialhilfe?

Autor(en): Rolf Maegli
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2003

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/1c19df02-2f4c-47a4-8f20-5090d5f3fec2>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Hilfe für die Sozialhilfe?

Rolf Maegli

Sozialhilfe im Kontext sozioökonomischer Veränderungen

Die Sozialhilfe ist das letzte Netz im System der sozialen Sicherung. Man erwartet von ihr, dass sie Fehlleistungen und Schwächen anderer Systeme auffangen kann. Was in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nicht funktioniert – die Sozialhilfe soll's richten. Doch dazu muss sie auch mit ein paar gängigen «Meinungen» aufräumen.

In den 1990er-Jahren wurde in der ganzen Schweiz eine Verdreifachung der Sozialhilfeempfänger beobachtet. Nach einer kurzen Entspannung in den Jahren 2000 und 2001 stiegen seit Herbst 2002 die Zahlen wieder. Diese Entwicklungen stellen einiges in Frage, was bisher zum Thema Sozialpolitik gemeint, geglaubt und vertreten wurde. Zum Beispiel:

Arbeit sichert den Lebensunterhalt ...?

Lange galt es als selbstverständlich, dass wer vollzeitlich arbeitet, seinen Lebensunterhalt oder denjenigen seiner Familie sichern kann. Diese Annahme ist durch das Phänomen der Working Poor widerlegt. Die Sozialhilfe muss seit Jahren Menschen wegen ungenügendem Einkommen unterstützen.

Der weitaus häufigste Grund für den Gang zum Sozialamt ist jedoch die Arbeitslosigkeit. Sie hat die unterschiedlichsten Ursachen – und neben dem Mangel an Einkommen oft weitere gravierende Folgen: Verlust von Bezugspersonen und Selbstwertgefühl, mangelnde Lebensperspektiven, Zerfall sozialer Netze. Daher wurden ab 2000 Programme zur Integration in die Arbeitswelt gestartet. Es musste aber bald festgestellt werden, dass die ursprünglichen Vorstellungen über die Integrationsmöglichkeit von Sozialhilfeempfängern zu optimistisch waren. Zwar fand ein Drittel der Personen, die in Programme vermittelt wurden, danach eine Stelle; doch nur ein kleiner Teil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger konnte die relativ strengen Aufnahmebedingungen, wie

minimale Deutschkenntnisse, keine Suchtprobleme, Konfliktfähigkeit, Verlässlichkeit, erfüllen. Es sollten daher als Vorstufe zur beruflichen Integration zusätzlich Programme für soziale Integration zur Verfügung stehen: Programme und Massnahmen, welche die soziale und emotionale Kompetenz fördern, die Person befähigen, innerhalb einer Organisation Aufgaben zu übernehmen, mit anderen zusammenzuarbeiten, verlässlich zu sein und mit Rückschlägen umgehen zu können.

Sozialhilfeempfänger sind randständig ...?

Die «klassische Fürsorge» kümmerte sich um Menschen, die nicht in die gängigen Vorstellungen der Gesellschaft passten oder den Status eines «Aussen-seiters» selber gewählt hatten, was sie oft auch in der äusseren Erscheinung kundtaten. Sozialhilfe musste meist nur in einmaligen Notlagen und vorübergehend in Anspruch genommen werden.

Von den heutigen Sozialhilfeempfängern kann nur noch eine Minderheit als randständig im

herkömmlichen Sinne bezeichnet werden, der Grossteil ist in das soziale Gesellschaftsleben integriert. Sie sind aber erwerbslos, gesundheitlich beeinträchtigt, allein erziehend oder beruflich ungenügend qualifiziert. Es ist offensichtlich, dass mit den steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt nicht mehr alle mithalten können. Die Zahl der Unterstützungsgesuche wegen gesundheitlicher Probleme ist in den letzten Jahren und Monaten kontinuierlich gestiegen. Dies geht einher mit der Zahl der IV-Rentengesuche, die gesamtschweizerisch im Steigen begriffen ist.

Daneben tragen demografische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen dazu bei, dass die Sozialhilfe vermehrt einspringen muss: Ungelernte, kaum Deutsch sprechende Arbeitskräfte zum Beispiel werden rasch zu «Unterstützungsfällen». Und die Veränderung traditioneller Familienmodelle bringt die Sozialhilfe in eine Auffangfunktion bei Scheidungen oder wenn ein Elternteil aus anderen Gründen allein erzieht.

Arbeiten lohnt sich ...?

Alle marktwirtschaftlichen Modellannahmen gehen davon aus, dass sich Arbeit lohnt. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) führen jedoch in gewissen Fällen dazu, dass sich eine Arbeitsaufnahme für Sozialhilfeempfänger nicht lohnt. So zum Beispiel, wenn Schuldforderungen, insbesondere Steuern, das ergänzend zur Sozialhilfe erzielte Einkommen beanspruchen und ihnen per Saldo weniger verfügbares Einkommen bleibt.

Hier hat der Kanton Basel-Stadt mit einem neuen System Zeichen gesetzt. Er gesteht den Sozialhilfeempfängern ein Drittel des erzielten Erwerbseinkommens als Freibetrag zu. Auch wenn sie das Erwerbseinkommen versteuern müssen, bleibt ihnen so per Saldo mehr Geld zur Verfügung als nach dem SKOS-System. Eine erste Zwischenbeurteilung des Basler Modells hat ergeben, dass trotz deutlich schlechterer Wirtschaftslage die Erwerbsquote der arbeitenden Sozialhilfeempfänger nicht abgenommen hat. Hingegen ist ihr Einkommen gestiegen – und die durchschnittlichen

Unterstützungskosten haben statistisch gesehen abgenommen. Solche Modelle müssen verfeinert und weiterentwickelt werden.

Junge Menschen wohnen bei Vater und Mutter und machen eine Berufsausbildung ...?

Der «Normalfall» von Lebens- und Berufsentwicklung in der Schweiz war lange geprägt von der Annahme intakter und tragfähiger Familienverhältnisse und der Vorstellung, Jugendliche würden nach der obligatorischen Schulzeit entweder eine Berufslehre machen oder sich auf die Maturität oder andere höhere Schulabschlüsse vorbereiten. Dieser «Normalfall» ist im Abnehmen begriffen. Scheidungs- und Einelternfamilien nehmen zu, Jugendliche ziehen von zu Hause aus, bevor sie auf eigenen Füßen stehen können. Viele Jugendliche müssen Sozialhilfe beanspruchen, noch bevor sie einen Einstieg in weiterführende Schulen oder ins Berufsleben geschafft haben.

Die Beobachtungen der Sozialhilfe und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass viele junge Erwachsene mit mehrfach existenziellen Problemen zu kämpfen haben: Konflikten mit Eltern, prekären familiären Verhältnissen, tiefem Bildungsniveau, gescheitertem beruflichem Einstieg, gesundheitlichen Problemen, Mangel an Selbstwertgefühl, Schulden, sozialer Isolation. Da sind die zuständigen Stellen gefordert, besser miteinander zusammenzuarbeiten und spezifische Programme zu organisieren und zu vermitteln.

Basel hat auch hier insofern neue Wege eingeschlagen, als die Unterstützungsansätze der Sozialhilfe für Jugendliche gekürzt wurden, um zu verhindern, dass der Sozialhilfebezug attraktiver ist als eine weiterführende Ausbildung oder die Integration in die Arbeitswelt. Gleichzeitig wurde für Hilfestellung zum Aufbau einer längerfristigen tragbaren Existenz und zur Gewinnung von Selbstständigkeit gesorgt.

Basel ist sozial ...?

In der öffentlichen Meinung hält sich die Vorstellung, dass Basel im Vergleich zu anderen Kantonen besonders sozial sei und überaus grosse Leistungen

erbringe. Eine von der SKOS erstellte Studie über Existenzsicherung im Föderalismus hat nun für Basel einen ernüchternden Befund ausgewiesen. Die Studie verglich vier verschiedene Lebenslagen in allen Kantonshauptorten miteinander. Dabei wurde untersucht, welches verfügbare Einkommen unter Berücksichtigung von realistischen Wohn- und Gesundheitskosten und von lokalen sozialen Leistungen übrig bleibt.

Basel hat in sämtlichen Lebenslagen schlecht abgeschnitten. Dies ist einerseits zurückzuführen auf die hohe Belastung durch Krankenversicherungsprämien, die relativ hohen Steuern und die Regelung der Alimentenbevorschussung. Der Mythos vom sozialen Basel entpuppt sich unter diesem Gesichtspunkt als Märchen, und die weiteren Ausichten sind angesichts der angespannten Finanzlage düster. Den verminderten Steuereinnahmen stehen umgekehrt proportional steigende Sozialkosten gegenüber. Es macht den Anschein, dass diese Entwicklung nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe hat. Und hier können nur langfristige, auf Nachhaltigkeit angelegte Strategien für ein ausgewogenes ökologisches, soziales und wirtschaftliches Wachstum die Antwort sein. Eine integrale Strategie muss die Ursachen von Sozialkosten an der Wurzel anpacken und die Integration von Schwächeren und Gefährdeten fördern und sichern. Die Herausforderung betrifft eine breite Palette von Politikfeldern, von der Erziehungs- und Bildungspolitik bis zu Städtebau und Planung, und verlangt arbeitsmarktliche Massnahmen (berufliche Förderung von Schwächeren und Erleichterungen des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen, ergänzt durch Angebote für Kinderbetreuung), soziale Integrationsprogramme und nicht zuletzt die Feinjustierung des sozialen Systems. Es muss echte Anreize schaffen, die auf Dauer zur beruflichen und sozialen Integration motivieren. Basel ist diesbezüglich auf dem richtigen Weg, für den Erfolg übergeordneter langfristiger Strategien wird jedoch entscheidend sein, dass sie mit Konsequenz verfolgt werden.